



Verstehen
Diskutieren
Mitmachen

Diktatur der Märkte

Aufbruch in die
sozio-ökologische Wende

Tectum
Sachbuch

Klaus Buchner

Klaus Buchner

Diktatur der Märkte

Klaus Buchner

Diktatur der Märkte

Aufbruch in die sozio-ökologische Wende

Tectum Verlag

Klaus Buchner
Diktatur der Märkte
Aufbruch in die sozio-ökologische Wende

© Tectum – ein Verlag in der Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden
2018
E-PDF 978-3-8288-7026-0
(Dieser Titel ist zugleich als gedrucktes Werk unter der ISBN
978-3-8288-4161-1 im Tectum Verlag erschienen.)

Umschlaggestaltung: Tectum Verlag, unter Verwendung des Bildes
240264190 von Javen | www.shutterstock.com

Alle Rechte vorbehalten

Besuchen Sie uns im Internet:
www.tectum-verlag.de

Bibliografische Informationen der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Angaben
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

*Dieses Buch ist einer Freundin und ihren Kolleginnen gewidmet,
die mehrfach behinderte Jugendliche betreuen und dabei auch
schwere körperliche Arbeit leisten.*

*Weil ihr Verdienst zu gering ist, werden sie später von ihrer Rente
nicht leben können. Sie werden auf unser Sozialsystem angewiesen
sein. Wie ist es möglich, dass ein Teil unserer Bevölkerung immer
ärmer wird, wo doch unsere gesamte Wirtschaftsleistung ständig
neue Rekorde bricht?*

Die kursiv gekennzeichneten Kapitel enthalten Anregungen für den Aufbruch in die sozio-ökologische Wende

Inhalt

1. Warum dieses Buch?	1
2. Unser Finanzsystem oder: Wer profitierte von der Bankenkrise?	3
Woher kommt unser Geld?	3
Die wunderbare Geldvermehrung	7
Wie man aus faulen Krediten „gutes“ Geld macht	10
Abschaffung wichtiger Regeln	12
Das Kartenhaus stürzt ein	14
Die Profiteure der Krise	15
Goldman Sachs	19
<i>Neue Regeln für die Zukunft?</i>	23
3. Die Europäische Union	26
Entstehung der Europäischen Gemeinschaft	26
Der Verfassungsentwurf und der Vertrag von Lissabon	30
Die Struktur der EU	33
<i>Wie kann die EU demokratischer werden?</i>	37
Die EU als neoliberaler Wirtschaftsraum	38
Lobbyarbeit und Drehtüren	39
<i>Wir brauchen strengere Regeln</i>	45
Der Euro	45
<i>Ist der Euro zu retten?</i>	48
Griechenland – die soziale und ökologische Katastrophe	48
4. Schrankenloser Kapitalismus und seine Denkfabriken	55
Die Idee des Neoliberalismus	55
European Round Table of Industrialists	58
Das Council on Foreign Relations	62

Andere wichtige Denkfabriken	70
Wozu brauchen wir Staaten?	74
US-Spionage und deutsche Konzerne	80
Andere Länder	82
Freihandelsabkommen der neuen Generation	83
Einfluss auf die Medien	94
<i>Unsere Aufgabe</i>	104
5. Hunger und Armut in der Welt	105
Unter- und Mangelernährung	105
<i>Diese Hungerkatastrophe müsste nicht sein</i>	106
Freihandelsabkommen mit Entwicklungsländern	107
<i>Zehn Regeln für Handelsverträge</i>	110
Entwicklungshilfe	112
Die drei K: Klimawandel, Krieg, Korruption	113
Agrarkonzerne	115
Spekulationen	121
Flüchtlingsströme	123
<i>Flüchtlingspolitik und das Beispiel von Mecheln</i>	125
Armut bei uns?	128
<i>Vorbild Schweiz für eine soziale Mindestsicherung</i>	132
6. Überwachung	133
Neue Möglichkeiten	133
Von der Wiege bis zur Bahre	143
Bekämpfung von Terrorismus und Unruhen	148
7. Was tun?	152
Dank	161
Empfohlene Literatur	162
Anmerkungen	164

1. Warum dieses Buch?

Es gärt in Europa. Am 17. September 2016 gingen in Deutschland 320.000 Bürger auf die Straße und demonstrierten gegen die „Freihandels“-Abkommen CETA, TTIP und TiSA. Sie zeigten ihren Unmut gegen die deutsche Bundesregierung und die Europäische Kommission, die diese Abkommen gegen den ausdrücklichen Willen der Bevölkerung durchsetzen wollten. Die Demonstrationen hatten aber nur geringen Erfolg, ebenso wenig wie eine EU-Bürgerinitiative zu diesem Thema, die drei Millionen Bürger unterschrieben, die die EU-Kommission aber nicht einmal annahm. Wenige Monate zuvor stimmten die Briten für ihren Austritt aus der EU, und auch in Österreich wurden Stimmen laut, die Ähnliches forderten. Immer wieder hört man das Wort „Wutbürger“, auch wegen des Unvermögens der EU, eine Lösung für die Verteilung der Flüchtlinge und für die Krisen in Griechenland und in den anderen südeuropäischen Ländern zu finden.

Ein weiteres Problem, das von den Regierungen nicht gelöst wird, beschäftigt viele Menschen: der Hunger in der Welt. Gandhi sagte einmal: *„Die Welt hat genug für jedermanns Bedürfnisse, aber nicht für jedermanns Gier.“* Tatsächlich erzeugt die Gier der Industrienationen und vor allem die einiger weniger Menschen diesen Hunger. Es ist ein Skandal, dass das Vermögen von einem einzigen Prozent der Weltbevölkerung größer ist als das der restlichen 99 Prozent¹ und dass dieses eine Prozent seinen Besitz immer weiter vergrößert.² Und wer sehr viel Geld hat, will meist auch die Politik bestimmen. Die Folge: Überall in der Welt öffnet sich die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter, zugleich geht die politische Macht Stück für Stück von unseren Parlamenten auf undemokratische „Governance“-Strukturen³ über. Schon 1999 meinte David Rockefeller: *„Aber die andere Seite der Medaille ist, dass jemand an die Stelle*

*der Regierung treten muss, und Unternehmen scheinen für mich der logische Ersatz dafür zu sein.*⁴ Ähnlich äußerte sich auch der damalige Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble, der unsere demokratischen Regierungen als „Rückfall in vergangene Jahrhunderte“ bezeichnet.⁵

Dieses Buch will die Hintergründe dieser doch gravierenden Situation, in der wir uns befinden, aufzeigen und dabei auch Ross und Reiter nennen. Das sind vor allem unser Finanzsystem und die internationalen Konzerne, die die Märkte immer mehr beherrschen. Vorgestellt werden aber auch Organisationen und Denkfabriken („Think-Tanks“), die großen Einfluss auf unsere Regierungen haben. Zu all diesen Themen gibt es schon viele sehr gute Bücher⁶. Aber kaum jemand hat genügend Zeit, sie alle zu lesen. Daher scheint eine kurze, leicht verständliche Übersicht über die wichtigsten Entwicklungen⁷ angebracht. Dieses Wissen ist nötig, um die gegenwärtigen Veränderungen zu stoppen, die nicht nur unseren Wohlstand und unser Sozialsystem, sondern vor allem auch unsere Demokratie bedrohen. Wir müssen uns der Gefahr bewusst werden, diese Entwicklung aufhalten und für eine gerechtere und friedlichere Welt kämpfen. Dazu formuliert dieses Buch Ziele, die auch im Druck besonders hervorgehoben werden. Denn wer in der Demokratie schläft, wird in der Diktatur aufwachen.

2. Unser Finanzsystem oder: Wer profitierte von der Bankenkrise?

*Was ist ein Einbruch in eine Bank
gegen die Gründung einer Bank?*

Bertolt Brecht

Woher kommt unser Geld?

Geld ist zunächst ein Tauschmittel. Dafür könnte man ebenso gut Perlen oder Muscheln verwenden, so, wie es andere Kulturen getan haben. Das wirft aber sofort die Frage auf: Woher kommt das Geld? Anders gefragt: Wer darf es „erschaffen“, und wer bekommt das so geschaffene Geld?

Die meisten unserer Mitbürger glauben, es sei der Staat oder wenigstens eine staatlich kontrollierte Stelle, die entscheidet, wie viel Geld im Umlauf ist. Früher war dies auch tatsächlich der Fall. Aber wer weiß schon, dass die US-amerikanische „Federal Reserve Bank“, die heute den Geldfluss in großen Teilen der Welt beeinflusst, ein rein privates Unternehmen ist? Wer weiß, dass die Europäische Zentralbank zwar den Staaten gehört, die den Euro verwenden, aber einen Mann an ihrer Spitze hat, der eng mit dem privaten Finanzinstitut Goldman Sachs verbunden ist?⁸

Noch bis in die 1970er-Jahre galt im größten Teil der westlichen Welt der Gold- bzw. Silberstandard. Das bedeutet, dass die Regierung eines Landes einen fixen Umrechnungskurs seiner Währung in Gold bzw. Silber garantierte. Im Prinzip durfte jedes Land nur so

viel Geld ausgeben, wie es an diesen Edelmetallen besaß. Ein Problem des Goldstandards ist, dass dabei der Wirtschaft manchmal nicht genügend Geld zur Verfügung steht, das sie für Investitionen braucht. So erholten sich einige Länder wie Deutschland und die USA von der Wirtschaftskrise in den 1930er-Jahren erst, nachdem sie den Goldstandard vorübergehend aufgegeben hatten. Später brachte vor allem der Vietnamkrieg einen unersättlichen Bedarf an Geld in den USA, und der amerikanische Präsident Nixon zog die Notbremse: Am 15. August 1971 verkündete er in einer Fernsehansprache, der Goldstandard und damit die Konvertierbarkeit des Dollars in Gold⁹ werde aufgegeben. Im Rückblick war von einem „Nixon-Schock“ die Rede.

Heute gründet sich in den meisten Ländern die Währung nicht mehr auf feste Werte wie Gold. Der Staat garantiert also nicht mehr, das ausgegebene Geld zu einem festen Kurs in Gold, Silber oder irgendetwas anderes umzutauschen. Der Wert einer Währung basiert einzig und allein auf dem Vertrauen, das man in sie hat. Mit anderen Worten: Ein Euro oder ein Dollar ist genau so viel wert, wie jemand bereit ist, dafür herzugeben. Das verleitet natürlich dazu, dass die Zentralbanken so viel Geld drucken, wie sie es für nützlich halten. Geld erschaffen dürfen aber nicht nur die Zentralbanken; jede Bank, die Kredite ausgibt, kann das. Wie das in der Praxis geschieht, zeigt folgendes Beispiel:¹⁰

Herr Huber will sein Haus sanieren und nimmt dafür einen Kredit von 100.000 Euro auf. Die Bank schreibt ihm dieses Geld auf seinem Konto gut. Damit bezahlt Herr Huber die Firmen, die die Sanierung durchführen; diese verwenden das Geld für die Materialien, die Löhne ihrer Angestellten usw. Das heißt, das Geld des Kredits gelangt in den allgemeinen Wirtschaftskreislauf. Vor der Kreditvergabe hat es gar nicht existiert; es entsteht meist erst in dem Moment, wenn es Herrn Hubers Konto gutgeschrieben wird. Dafür gibt es mehrere Möglichkeiten:

1. Die Bank verfügt über das Geld für den Kredit, z. B. aus den Sparguthaben ihrer Kunden. Dann könnte sie theoretisch Herrn Huber dieses Geld überweisen. Praktisch wird sie das aber nicht tun, weil sie mit dem Geld „Besseres“ machen kann, z. B. damit spekulieren, um den daraus entstehenden Profit selbst einzustreichen.

2. Die Bank von Herrn Huber hat 1 Prozent der Kreditsumme¹¹, also 1.000 Euro, als Eigenkapital. (Natürlich hat jede Bank immer 1.000 Euro zur Verfügung. Bei den Summen, mit denen Banken oft arbeiten, wird das aber nicht immer für 1 Prozent zutreffen.) Dann darf sie nach unseren Bankgesetzen den Kredit an Herrn Huber seinem Konto gutschreiben – einfach so, ohne einen Gegenwert. Die 100.000 Euro minus 1.000 Euro = 99.000 Euro werden also „erschaffen“.

3. Hat die Bank von Herrn Huber keine 1.000 Euro Eigenkapital, kann sie diese bei der Europäischen Zentralbank (EZB) oder bei einer anderen Bank als Kredit aufnehmen (sofern sie dort den ihr gewährten Kreditrahmen nicht überzieht). Nimmt sie es bei der Zentralbank auf, muss sie dafür nur den sogenannten „Leitzins“ bezahlen. Man beachte: Dieser Leitzins ist wesentlich niedriger als der Zinssatz, den sie von Herrn Huber für den Kredit bekommt. Außerdem zahlt die Bank diesen niedrigen Zins nur für 1.000 Euro, während Herr Huber seinen Zins für 100.000 Euro zahlen muss. Ein gutes Geschäft für die Bank!

Mit der Rückzahlung eines Kredits verschwindet das verliehene Geld wieder aus den Bilanzen der Bank.¹² Es wird also „vernichtet“.

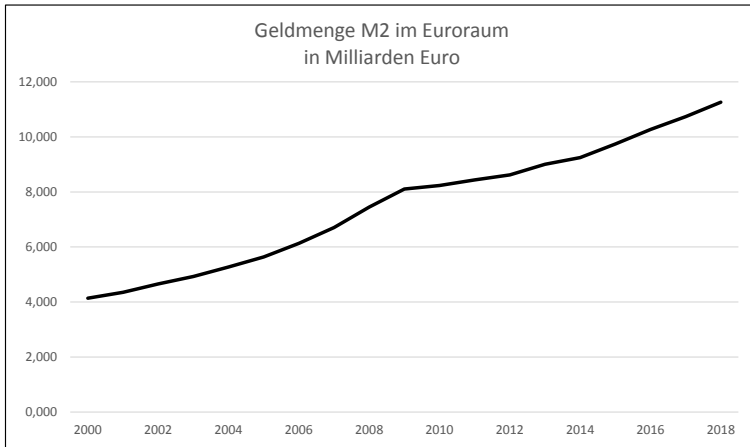


Bild 1: Geldmenge M2 der Europäischen Zentralbank in Milliarden Euro.
Die Angaben beziehen sich auf den Januar des jeweiligen Jahres.

Beachte: Von 2000 bis 2018 hat sich die Geldmenge fast verdreifacht (genauer: Faktor 2,72)! Dabei enthält M2 keine Gelder aus Spekulationsgeschäften wie Derivate oder ABS. Diese sind ein Vielfaches der hier gezeigte Geldmenge M2.

Erklärung: Die Geldmenge M2 enthält alles Bargeld im Umlauf (d.h. außerhalb des Bankensystems), den Zentralgeldbestand der Kreditinstitute, die Sichteinlagen der Nichtbanken, sowie die Spareinlagen und Termingeldeinlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu zwei Jahren

(Vereinfachte Darstellung des Wikipedia-Artikels <https://de.wikipedia.org/wiki/Geldmenge> aufgerufen am 30.3.2018. Dort findet man auch die Zahlenangaben zu Bild 1)

Sie haben richtig gelesen: Unser Geld wird durch Kredite erzeugt. Es ist aber nur ein sehr kleiner Teil unseres Geldes, das auf diese Weise durch Kredite an Privatpersonen hervorgebracht wird. Draghi, der Chef der Europäischen Zentralbank, hat wiederholt Hunderte von Milliarden Euro „gedruckt“, also erschaffen, um südeuropäische Staaten und damit den Euro selbst zu retten (vgl. dazu auch Bild 1). Am meisten Geld entsteht jedoch, wenn die Banken es für sich selbst schöp-

fen. Wenn jemand Banknoten fälscht, wird er als Betrüger verurteilt. Aber die Banken drucken ja keine Geldscheine, sie schreiben sich die Beträge nur auf ihren Konten gut. Das können sie nach dem oben beschriebenen Muster machen, wenn sie gewisse Regeln einhalten.¹³ Was sie mit diesem Geld tun können, zeigen folgende Beispiele:

Die wunderbare Geldvermehrung

Mit der Kredit- und Hypothekenvergabe begnügt sich heute keine Bank mehr, denn die Rendite für das Eigenkapital der Bank wäre viel zu gering. Schließlich richten sich ja die Boni der Top-Manager nach dem Gewinn der Bank. Deshalb wurden in den letzten zwei bis drei Jahrzehnten viele neue Geschäftstricks erfunden, vornehm „Finanzinstrumente“ genannt. Früher waren die meisten von ihnen verboten, weil sie im normalen Leben schlicht als Betrug bezeichnet würden. Den Finanzinstituten gelang es jedoch, die Politiker davon zu überzeugen, solche „unnötigen“ gesetzlichen Beschränkungen fallen zu lassen. Das Problem dabei ist nur, dass unser Geld zwar von den Banken erschaffen und verwaltet wird, dass es aber unser aller Geld ist, das unsere Wirtschaft und unseren Wohlstand bestimmt. Verspekuliert sich eine Bank im großen Stil, muss sie fast immer mit Steuergeldern gerettet werden, schließlich drohen beim Konkurs einer großen Bank alle in ihr angelegten Gelder für Renten, Pensionen, Investitionen usw. verloren zu gehen – es wären also sehr viele Bürger und Wirtschaftsunternehmen empfindlich geschädigt. Diese Banken sind einfach „zu groß, um zu scheitern“. Sie haben es geschafft, so viel Geld zu verwalten, dass sie jedes riskante Geschäft eingehen und dabei doch sicher sein können, im Notfall vom Steuerzahler gerettet zu werden.

Das ließe sich sehr einfach verhindern, wenn es den Banken, die Gelder von Kunden verwalten, verboten wäre zu spekulieren. Ein solches Verbot, das sogenannte „Trennbanksystem“ (oder „Glass-Steagall-Gesetz“), gab es früher in den USA;¹⁴ es wurde jedoch am 12.

November 1999 von US-Präsident Clinton aufgehoben. Ohne diesen Schritt hätte die Finanzkrise von 2008 keine derart gravierenden Auswirkungen gehabt, ohne ihn wäre es nicht in dieser Form zur Insolvenz von Lehman Brothers gekommen, einer Bank, die 2008 unter der unglaublichen Schuldenlast von mehr als 600 Milliarden US-Dollar zusammenbrach.¹⁵

Ein Finanzinstrument, mit dem sehr viel Geld verdient wird, sind die „Derivate“. Die Idee dahinter ist einfach: Wenn beispielsweise ein Bauer Weizen anbauen will, so weiß er nicht, wie hoch der Preis dafür zur Zeit der Ernte sein wird: Möglicherweise gibt es irgendwo auf der Erde Missernten, die ihn in die Höhe treiben, er kann aber auch tief sinken, wenn aus irgendwelchen Gründen ein Überangebot auf dem Markt herrscht. Deshalb verkauft der Bauer seinen Weizen, bevor er ihn überhaupt erzeugt hat, zu einem vereinbarten Festpreis. Damit trägt der Käufer das Risiko. Derivate sind also eine Art Wette, bei der jemand eine Ware zu einem Festpreis kauft und später zu einem vorher festgelegten Termin (in unserem Beispiel nach der Ernte) erwirbt und zu dem dann gültigen Preis wieder verkauft – oder auch nur verkaufen kann.¹⁶ Diese Wetten gibt es auch anders herum: Jemand vereinbart, dass er ein bestimmtes Produkt zu einem festgelegten Zeitpunkt kauft, wenn es einen vereinbarten Preis über- oder unterschreitet.

Wetten kann man so ziemlich auf alles. Das geht sogar so weit, dass die Commerzbank selbst „Zertifikate“ verkaufte, die darauf spekulierten, dass der Wert ihrer eigenen Aktie unter einen Euro, also ins Bodenlose fallen würde.¹⁷ Im Klartext: Die bereits angeschlagene Bank lädt zur Spekulation auf ihren eigenen Untergang ein,¹⁸ nur, um noch ein paar Euro für die Wette einzunehmen. Das Problem mit dem Handel von Derivaten ist, dass er mit der realen Wirtschaft kaum noch etwas zu tun hat, weil es sich um Wetten handelt. Das Volumen ist unvorstellbar: 2013 waren es 640 Billionen Dollar, also fast zweihundert Mal so viel wie das deutsche Bruttosozialprodukt¹⁹ und nicht ganz das Zehnfache des globalen Bruttoinlandsproduk-

tes. Es ist durchaus denkbar, dass durch ein unvorhergesehenes Ereignis wie eine Finanzkrise viele Wetten gleichzeitig gewonnen oder verloren werden. Dann aber wird es äußerst schwierig, das Geld dafür aufzubringen. Warren Buffett, ein weltbekannter Investment-Manager, schrieb schon 2003, also noch lange vor der Bankenkrise: *„Unserer Ansicht nach sind Derivate finanzielle Massenvernichtungswaffen, und sie bergen Gefahren, die im Augenblick zwar verborgen, potenziell jedoch todbringend sind.“*²⁰

Die Derivate sind an sich schon etwas Verrücktes. Noch irrsinniger ist aber, dass der Handel mit ihnen meist von Computern durchgeführt wird, und zwar im Takt von Tausendstelsekunden. Auch das ließe sich leicht stoppen, wenn man wieder eine Börsen-Umsatzsteuer (Transaktionssteuer) einführen würde, die für jede Transaktion nur einen kleinen Bruchteil eines Prozents betragen müsste. Auch wenn die Börsenumsatzsteuer noch so klein wäre, kämen doch bei Tausenden von Transaktionen beträchtliche Summen zusammen, die diesen Handel, der nichts mehr mit der Realwirtschaft zu tun hat und keinen ökonomischen Mehrwert für die Gesellschaft bringt, unrentabel machen würden. Diese Steuer wurde in Deutschland unter der Kohl-Regierung abgeschafft, wie wir noch sehen werden. Zu ihrer Wiedereinführung können sich unsere Politiker trotz aller guten Argumente nicht durchringen; die Börsenmanager haben sie zu sehr im Griff.

Wie man aus faulen Krediten „gutes“ Geld macht

*Die größte Katastrophe, die wir seit etwa zehn Jahren erleben,
sind in der Tat die nicht realen Finanztransaktionsgeschäfte,
die kein Mensch mehr versteht, noch nicht einmal die,
die diese Transaktionen vornehmen.*

Jürgen Heraeus 2011 im Handelsblatt²¹

Ein weiteres Finanzinstrument, das 2008 die weltweite Finanzkrise befeuert hat: Die Verbriefung fauler Kredite. In den USA wurden durch die extrem niedrigen Zinsen viele Menschen angeregt, sich Immobilien zu kaufen. Das entsprach dem Ziel von Präsident George W. Bush, wonach möglichst alle Amerikaner Hausbesitzer werden sollten. Dabei erhielten auch solche Kunden Kredite, von denen eigentlich klar war, dass sie auf Dauer weder für die Zinsen noch für die Rückzahlungen aufkommen konnten. Und wenn sie nicht einmal die übliche Anzahlung für eine Immobilie leisten konnten, bekamen sie selbst dafür noch einen Kredit. Um mit solch fragwürdigen Geschäften trotzdem einen Gewinn zu erwirtschaften können, geben die Finanzinstitute das Risiko einfach weiter: Die Bank, die die Kredite ausgegeben hat, verkauft ihre Kreditforderungen an eine „Finanzierungsgesellschaft“. Das bedeutet, dass der Bankkunde, der sich gerade ein Haus gekauft hat, plötzlich nicht mehr mit seiner Bank, sondern mit einer ganz anderen Gesellschaft verhandeln muss. Diese pfändet zahlungsunfähige Kunden meist gnadenlos. Die übrigen Kredite werden zu Tausenden in Wertpapiere („Asset Backed Securities“, ABS) zusammengefasst und weiterverkauft. Der Trick dabei ist, dass der Käufer der ABS meist keine Ahnung davon hat, welche Kredite sich hinter seinen Papieren verstecken. Damit ist die Bank des Kreditnehmers das Risiko los und kann mit den Gebühren für die Ausgabe neuer fauler Kredite weiter Geld verdienen. Die Finanzierungsgesellschaft wiederum treibt von den Kreditnehmern die Zinsen ein und

gibt diese ganz oder nur teilweise an die Käufer der ABS weiter. Wenn zu viele der faulen Kredite nicht bedient werden und so die Finanzierungsgesellschaft die Zinsen an die ABS-Käufer nicht bezahlen kann, droht Letzteren ein Wertverlust bis hin zum Totalausfall. Trotzdem wurden die ABS von den Ratingagenturen – das sind gewinnorientierte Privatunternehmen, die sich auf die Bewertung von Wertpapieren spezialisiert haben – meist mit der Bestnote AAA bewertet und damit als sichere Geldanlagen bezeichnet. Die letzte Finanzkrise führte daher in den Medien zu einem – freilich kurzen – Aufschrei, die Ratingagenturen standen für eine gewisse Zeit in der Kritik. Es wurden auch Strafen verhängt; so musste Moody's 864 Millionen Dollar zahlen.²² Das hat allerdings nicht verhindert, dass sich der Wert von Moody's seit 2008 fast verdreifacht hat.²³

Auch in Deutschland kam bei den Banken Goldgräberstimmung auf, als die fragwürdigen „Finanzinstrumente“ erfunden wurden, mit denen sich die Gewinne enorm steigern ließen. Nach der Schätzung von Werner Taiber (WestLB) betrugen die faulen Kredite, die Ende 2005 allein in den deutschen Banken lagerten, annähernd 300 Milliarden Euro, davon in den öffentlich-rechtlichen Banken 60 bis 100 Milliarden Euro.²⁴ In den USA sprach man von „stupid German money“, stürzten sich doch gerade viele deutsche Banken auf die US-amerikanischen ABS. Für einen Teil davon musste bei der Bankenrettung 2008/09 letztlich der Steuerzahler aufkommen. Schlimmer war, dass Banken, die zu viele dieser faulen Kredite besaßen, selbst nicht mehr als kreditwürdig galten. War ihr Eigenkapital aufgebraucht, konnten sie keine Kredite mehr vergeben. Dadurch gingen zahlreiche Unternehmen in Konkurs, und viele der dort Beschäftigten wurden arbeitslos. All dies führte 2009 zu einer folgenschweren Rezession.

Abschaffung wichtiger Regeln

Um die neuen Finanzinstrumente wie ABS überhaupt nutzen zu können, mussten die Gesetze geändert werden. In den USA war es Präsident Clinton, der es den Banken erlaubte, mit den Einlagen ihrer Kunden zu spekulieren und den Gewinn daraus selbst einzustreichen. Im Vorfeld hatten die größten transnationalen Banken und Konzerne in den 1990er-Jahren ihre Kräfte gebündelt, 5 Milliarden Dollar investiert und 3.000 Mitarbeiter für Öffentlichkeits- und Lobbyarbeiten eingestellt. Damit gelang es ihnen, die Regierung zur Abschaffung der Gesetze zu bewegen, die solche Finanzgeschäfte verboten hatten.²⁵ Auch alle Bundesregierungen seit Bundeskanzler Kohl lockerten Schritt für Schritt die Regeln. Es war also nicht so wichtig, welche der Farbkombination aus Schwarz, Rot, Grün und Gelb gerade am Ruder war – was die eine Regierung nicht machte, ging bei der anderen dann doch noch durch. Aber der Reihe nach:

Am 22. Februar 1990 schaffte die Regierung Kohl die Börsenumsatzsteuer ab, die für jede Transaktion einen winzig kleinen Prozentsatz²⁶ an Steuern verlangte. Dadurch machte die Regierung den sogenannten „Hochfrequenzhandel“ möglich, bei dem Computer innerhalb von Bruchteilen einer Sekunde Wertpapiere kaufen und wieder verkaufen. Später hat man ohne Erfolg versucht, diese Steuer als „Finanztransaktionssteuer“ wieder einzuführen.

Die rot-grüne Bundesregierung von Kanzler Schröder ließ bestimmte „Hedgefonds“ in Deutschland zu, die zu sehr vielen Firmenpleiten führten. Das entsprechende Gesetz wurde zwischen Januar und August 2003 formuliert. Genau zu dieser Zeit saß eine Mitarbeiterin des „Bundesverbands Investment und Asset Management“ als Leihbeamtin in der Abteilung „Nationale und Internationale Finanzmarkt- und Währungspolitik“ des Bundesfinanzministeriums, die weiterhin von diesem Lobbyverband bezahlt wurde. Gleichzeitig arbeitete dort auch ein Mitarbeiter der Deutschen Börse.²⁷ Da ist es nicht verwunderlich, dass das damals ausgearbeitete Gesetz